



NEUDRUCK

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

138. Sitzung (öffentlich)

16. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:32 Uhr bis 19:13 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

| | | |
|----------|---|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 2 | Parlamentarischer Bericht der Landesbehinderten- und -patienten-beauftragten | 8 |
| | – Bericht der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen | |
| 2 | Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Mehrdad Mostofizadeh, Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN [s. Anlage 1]) | 14 |
| 3 | Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) | 26 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |

4 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) 34

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Ausschussprotokoll 17/1650 (Anhörung vom 01.12.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen
aller Fraktionen zu.

5 Drittes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16445

Vorlage 17/6562

– Verfahrensabsprache

In Verbindung mit:

Entwurf einer Zehnten Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/16716

Vorlage 17/6567

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen
aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss ist zum Entwurf der Verordnung angehört worden.

6 Coronapolitik der Landesregierung individualisieren und endlich auf valide Daten stützen. 37

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16477

– Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch, den Antrag in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.

7 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch 38

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15188 (Neudruck)

Vorlage 17/5904

Ausschussprotokoll 17/1682 (Anhörung vom 13.01.2022)

– Auswertung der Anhörung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6576

– Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch, den Gesetzentwurf in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.

8 Viertes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 41

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15517

Ausschussprotokoll 17/1717 (Anhörung vom 02.02.2022)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch, den Gesetzentwurf in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.

9 Prävention und soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren stärken! Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung strukturell entgegenwirken! GemeindegewerkschaftPlus-Modelle in NRW erproben! **42**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15641

Ausschussprotokoll 17/1726 (Anhörung vom 08.02.2022)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch, den Antrag in der kommenden Ausschusssitzung abschließend zu beraten.

10 Lebenswerte Quartiere in Städten und Gemeinden **44**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/16267
Stellungnahme 17/4926
Stellungnahme 17/4928
Stellungnahme 17/4931
Stellungnahme 17/4939
Stellungnahme 17/4949
Stellungnahme 17/4953 (Neudruck)

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

11 Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte! **47**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15462

Ausschussprotokoll 17/1719 (Anhörung vom 03.02.2022)

- Auswertung der Anhörung
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Votum an den federführenden Ausschuss

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der AfD-Fraktion ab.

12 Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention **49**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15631

Ausschussprotokoll 17/1719 (Anhörung vom 03.02.2022)

- Auswertung der Anhörung
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Votum an den federführenden Ausschuss

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

13 Spezialfall Tönnies? Behörden erlaubten laschere Regeln für infizierte Mitarbeiter *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **50**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6492

In Verbindung mit:

Erfolgte eine behördliche Bevorzugung von Tönnies? *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6493
Vorlage 17/6590

– Wortbeiträge

14 Sachstand Lieferengpass beim Wirkstoff Tamoxifen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) **51**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6564

– Wortbeiträge

15 Sachstand der Arbeit des Gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5]*) **52**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6573

– keine Wortbeiträge

16 Verschiedenes **53**

* * *

4 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Ausschussprotokoll 17/1650 (Anhörung vom 01.12.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Gesetzentwurf vom Plenum am 01.07.2021 nach Beratung zur Federführung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, an den Innenausschuss sowie an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Vorsitzende Heike Gebhard informiert, die Auswertung der Anhörung durch den Ausschuss sei in der Sitzung am 9. Februar 2022 erfolgt. Die Kinderschutzkommission habe am 20. September 2021 und der Rechtsausschuss am 9. Februar 2022 beschlossen, kein Votum zu dem Gesetzentwurf abzugeben. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend habe am 10. Februar 2022 einstimmig für die Annahme des Gesetzentwurfs votiert. Der Innenausschuss habe sich am 10. März 2022 einstimmig bei Enthaltung der AfD für die Annahme des Gesetzentwurfs ausgesprochen, wobei seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Bedenken wegen datenschutzrechtlicher Regelungen geäußert worden seien.

Serdar Yüksel (SPD) spricht die Hoffnung aus, dass Nordrhein-Westfalen mit diesem Gesetzesvorhaben bundesweit eine Vorreiterrolle einnehme und andere Länder folgten. Seine Fraktion schließe sich der Position der Ärztekammer Nordrhein an, die seit Jahren eine gesetzliche Klarstellung zum interkollegialen Austausch wünsche. Eine bundesrechtliche Regelung ermögliche jetzt, diese Klarstellung im Heilberufsgesetz vorzunehmen. Dem Gesetzentwurf werde daher zugestimmt.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) stellt klar, seine Fraktion habe keine datenschutzrechtlichen Bedenken geäußert, sondern es gelte, noch datenschutzrechtliche Voraussetzungen zu klären. Wer betreibe zum Beispiel die Plattformen, und welche Aspekte bedürften innerhalb der Ärzteschaft einer Klärung? Der Ärztekammer zufolge habe sich die Frage, ob jemand wegen der Verletzung der Schweigepflicht oder anderer Tatbestände in Schwierigkeiten geraten sei, nicht gestellt, sodass es um eine substantielle Verbesserung der Situation gehe. Dem Gesetzentwurf werde in dieser Form dennoch zugestimmt.

Dr. Martin Vincentz (AfD) legt dar, wenn derzeit bei einem Kind der Verdacht einer Netzhautblutung bestätigt werden müsse, um bestimmte Verletzungen nachzuweisen, dürfe der Facharzt für Augenheilkunde nur mit Zustimmung der Eltern darüber Auskunft geben, ob die Eltern dem Kind Schaden zufügten. Leite der Arzt die entsprechende Information an einen Kollegen weiter, geschehe möglicherweise nichts nach dem Motto „Wo kein Kläger, da kein Richter“. Ebenso könne es aber zu sehr unschönen Fällen kommen. Es gelte, diese Grauzone ein Stück weit abzuschaffen und den Schutz der Kinder in den Vordergrund zu rücken.

Peter Preuß (CDU) erinnert an die jahrelangen Diskussionen zu diesem Thema. Jetzt ermögliche die bundesrechtliche Regelung, das im Landesrecht zu regeln. Einerseits gehe es dabei um den Kinderschutz, der natürlich ganz oben stehe. Andererseits werde jetzt deutlich mehr Rechtssicherheit für die Ärzte geschaffen. Eine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf werde daher begrüßt.

Rainer Matheisen (FDP) fügt hinzu, mit diesem Gesetzentwurf sei eine neue Balance bei der Abwägung von ärztlicher Schweigepflicht und Kindeswohl gefunden worden. Er begrüße, dass sich SPD und Grüne positiv geäußert hätten, und sichere zu, dass man sich insbesondere dem Thema „Datenschutz“ noch einmal konkret widme.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.